

V o r l a g e Nr. L 101/19

für die Sitzung der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung am 29.11.2017

Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen

A. Problem

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 17.02.2017 auf den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. Oktober 2016 (Drucksache 19/781) folgenden Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, welche Unterstützung den Bremer allgemeinbildenden Schulen konkret für die Antragstellung und Projektbegleitung zur Verfügung gestellt werden können, damit diese den damit einhergehenden Aufwand besser bewältigen können;
2. zu prüfen, wie damit einhergehend das Konzept der Europaschulen besser befördert, insbesondere das bereits vor einem Jahr beschlossene neue Modell der „Anwärterschaft“ endlich umgesetzt werden kann (z. B. durch Etablierung europäischer Profile an „Anwärter-Schulen“ im Rahmen von Erasmus+);
3. zu prüfen, wie die Kooperationen zwischen Bremer Schulen und europaspezifischen Bildungseinrichtungen intensiviert werden können;
4. zu prüfen, wie das Themenfeld „Europäische Integration“ bei der Landeszentrale für politische Bildung ausgebaut werden könnte, um mehr Angebote dazu für Bremer Schulen zu entwickeln, anzubieten und durchzuführen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, binnen neun Monaten einen Bericht vorzulegen, in dem dargelegt wird, wie die oben dargestellten Punkte 1 bis 4 umgesetzt werden, und welche weiteren Schritte und Maßnahmen vorgesehen sind.

Der Senat hat den Beschluss zur Kenntnis genommen und an die Senatorin für Kinder und Bildung, die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur

weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts binnen 9 Monaten (November 2017) überwiesen.

B. Lösung / Sachstand

Auf den Antrag soll wie folgt berichtet werden:

Zum Hintergrund von Erasmus+

Mit Erasmus+, dem Programm der Europäischen Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, wurden für die Förderperiode 2014 bis 2020 die bis dahin getrennt aufgelegten Programme Erasmus (für Studierende), Comenius (für den allgemeinbildenden Schulbereich), Grundtvig (im Bereich der Erwachsenenbildung), Leonardo da Vinci (für den beruflichen Schulbereich) und Jugend in Aktion (im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe) zusammengeführt. Die Erasmus+ -Mitgliedsstaaten verfügen für den Zeitraum von 2014-2020 insgesamt über 14,7 Mrd. € Programmmittel.

Ziel des Programms ist die Verbesserung der Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen. Außerdem sollen die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Kinder- und Jugendhilfe modernisiert werden, wovon mehr als vier Millionen Menschen (Studierende, Berufsschülerinnen und Berufsschüler, Auszubildende, Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen, Ausbilderinnen und Ausbilder, Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuer, junge Menschen im Freiwilligendienst im Ausland ...) bis 2020 profitieren. Die Ziele des Programms werden mit Hilfe von drei sogenannten Leitaktionen zur (1) „Lernmobilität von Einzelpersonen“, zur (2) „Zusammenarbeit zur Förderung von Innovation und zum Austausch über bewährte Verfahren“ und zur (3) „Unterstützung politischer Reformen“ verfolgt.

Die Umsetzung von Erasmus+ in Bremen war zuletzt Thema in einer Anfrage an den Senat vom 19.05.2016. In den Antworten auf diese Anfrage wurde deutlich, dass die Umsetzung des Programms in den einzelnen Schulformen unterschiedlich stark ausgeprägt ist, wobei in den berufsbildenden Schulen überdurchschnittlich viele Projekte, in den allgemeinbildenden jedoch verhältnismäßig wenige Projekte zu verzeichnen sind. Zudem wurden die hohen Antrags-, Dokumentations- und Rechenschaftspflichten im Rahmen von Erasmus + deutlich. Auch die Mittelausstattung und die Verteilung des Budgets auf die einzelnen Leitaktionen waren auf Bundesebene und mit der Europäischen Kommission immer wieder Grund für Diskussionen. Die Europäische Kommission (KOM) plant, bis Ende 2018 einen Vorschlag für ein Nachfolgeprogramm vorzulegen. Alle Ländervertreter im EU-Bildungsausschuss sowie im EU-Programmausschuss Erasmus+ halten eine Umstrukturierung mindestens im Sinne einer Antragsvereinfachung für unbedingt notwendig.

1. Zur Prüfbitte, welche Unterstützung den Bremer allgemeinbildenden Schulen konkret für die Antragstellung und Projektbegleitung zur Verfügung gestellt werden kann, damit diese den damit einhergehenden Aufwand besser bewältigen können.

Für die Beratung der allgemeinbildenden Schulen der beiden Stadtgemeinden der Freien Hansestadt Bremen stehen zwei Lehrkräfte zur Verfügung, die als Erasmus+ Koordinatoren der Nationalen Agentur für Bildung beim Pädagogischen Austauschdienst (PAD) zugeordnet sind und zusätzlich für die Tätigkeit eine Entlastungsstunde erhalten. Schulen und Lehrkräfte werden in Fragen der Leitaktionen 1 und 2 sowie zu E-Twinning Projekten beraten.

Im letzten Jahr konnten Projekte an den allgemeinbildenden Schulen im folgenden Umfang akquiriert werden: drei geförderte Bremer Projekte in der Erasmus+ Leitaktion 2 sowie drei Projekte in der Leitaktion 1.

Trotz dieser Bemühungen ist festzustellen, dass Bedingungen bestehen, die seitens der Senatorin für Kinder und Bildung nicht unmittelbar zu beeinflussen sind und die allgemeinbildende Schulen von einer Antragstellung abhalten. Diese Hemmnisse wurden auch im 2017 erschienenen *Nationalen Bericht zur Zwischenevaluierung von [...] Erasmus+* der Herausgeber KMK, BMBF und BMFSFJ deutlich gemacht und betreffen neben den zu geringen Möglichkeiten für nationale Schwerpunktsetzungen im Kern die sehr komplexen und bürokratischen Antragsverfahren, aufwändige Berichts- und Rechenschaftspflichten, den hohen Verwaltungsaufwand und Probleme mit den vorgeschriebenen Softwaretools. Insofern decken sich die Wahrnehmungen der Bremer Erasmus+ -Akteure mit den Evaluationsergebnissen des Nationalen Zwischenberichts.

Ein weiterer Aspekt, der sich hemmend auf die Anzahl an Erasmus+ -Projekten an allgemeinbildenden Schulen auswirkt und nicht unmittelbar durch Bremen beeinflussbar ist, wird in der Budgetausstattung des E+ -Programms in Deutschland gesehen. Die Budgetplanung für Erasmus+ sah in ihrer ursprünglichen Fassung durch die Europäische Kommission vor, dass den nationalen Agenturen für die Umsetzung von Erasmus+ in Deutschland zum Ende der Programmlaufzeit ein deutlich höheres Budget zur Verfügung stehen sollte, als es zu Beginn der Fall war (progressiver Anstieg). Auf dem Hintergrund der hohen Ablehnungsquoten bei strategischen Schulpartnerschaften (Leitaktion 2) wird auch im *Nationalen Bericht zur Zwischenevaluierung von [...] Erasmus+* festgestellt: „Die finanzielle Ausstattung des Programms ist [...] nicht ausreichend. In allen Programmbereichen ist die Nachfrage deutlich größer als die zur Verfügung stehenden Programmmittel. Dies hat zur Folge, dass viele qualitativ gute Projekte abgelehnt werden müssen. Ein signifikanter Budgetaufwuchs ist daher elementar, um den über Jahrzehnte erworbenen guten Ruf der einzelnen Programmbereiche beizubehalten und weiter zu verbessern.“

Im Kontrast zu dieser Bewertung im Nationalen Bericht war in der Europäischen Kommission trotzdem auch über einen Mittelabzug zugunsten anderer Jugendprogramme wie z. B. dem so genannten „Europäischen Solidaritätskorps“ nachgedacht worden. In der vorgebrachten Form wurden diese Planungen der Europäischen Kommission vom Bundesrat und vom Ausschuss für Berufliche Bildung der KMK abgelehnt. Vor dem Hintergrund, dass die Kommission im Oktober 2017 die Erasmus + Ausschreibungen veröffentlicht hat und dort von 8 % Budget Zuwachs spricht, ist derzeit jedoch zumindest nicht von einer Kürzung bei Erasmus + auszugehen. Unabhängig von Veränderungen bei der Mittelausstattung im Erasmus+ Programm, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, die administrativen Pflichten (Beantragung, Durchführung und Rechenschaftslegung) im Rahmen von Erasmus+ -Projekten abzubauen, um in der Folge einen dem Ziel von Erasmus+ konformen (höheren) Mittelabfluss – und für Bremen ganz konkret – eine höhere Anzahl an Erasmus+ Projekten in allgemeinbildenden Schulen zu gewährleisten. Auf Bundesebene versucht Bremen auf den Abbau administrativer Pflichten (Beantragung, Durchführung und Rechenschaftslegung) insofern hinzuwirken, als dass im Ausschuss für Berufliche Bildung der KMK (Vorsitz Bremen) dieses Problem thematisiert und bei den entsprechenden Stellen auffällig gestellt wird.

2. Zur Prüfbitte, wie – einhergehend mit der Unterstützung für Bremer allgemeinbildende Schulen bei der Beantragung und Begleitung von Erasmus+ -Projekten – das Konzept der Europaschulen besser befördert, insbesondere das bereits vor einem Jahr beschlossene neue Modell der „Anwärterschaft“ endlich umgesetzt werden kann (z. B. durch Etablierung europäischer Profile an „Anwärter-Schulen“ im Rahmen von Erasmus+);

Die Richtlinie zur Zertifizierung von Europaschulen im Land Bremen ist neu gefasst worden, die alten Kriterien sind ergänzt und spezifiziert worden. Sie ist seit November 2016 in Kraft. Die ersten Zertifizierungsverfahren mit der geänderten Schwerpunktsetzung werden im Laufe dieses Schuljahres ausgeschrieben. Inwieweit diese Veränderungen zu einer Erhöhung der Anträge führen können, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

3. Zur Prüfbitte, wie die Kooperationen zwischen Bremer Schulen und europaspezifischen Bildungseinrichtungen intensiviert werden kann.

Mit unterschiedlicher Ausprägung kooperieren die jeweiligen Schulen mit europaspezifischen Bildungseinrichtungen im Ausland¹, wie auch im Inland². Veranstaltungen des

¹ z. B. Träger von Sprachkursen, betriebliche Praktikumsstellen oder Partnerschulen im Ausland

² z. B. EuropaPunktBremen, fremdsprachliche Einrichtungen wie das Institut Francais oder das deutsch-polnische Jugendwerk, und die Erasmus+ -Agentur „Bildung im Ausland“, um nur ein paar wenige zu nennen

EuropaPunktBremen werden über bestehende Kooperationen und direkte Kontakte hinaus auch über die zuständigen Referate bei der Senatorin für Kinder und Bildung in den Schulen beworben, so dass Schulklassen oder Lerngruppen den EuropaPunktBremen für Europa betreffende Diskussionen, Informationsveranstaltungen und Lesungen besuchen.

Die Europaabteilung bei der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit (BBEE) führt jährlich in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule (LIS) und dem EuropaPunktBremen 1-2 Fortbildungen für Lehrkräfte zu europapolitischer Didaktik und zu aktuellen EU-Themen durch, für welche oftmals externe ExpertInnen durch die BBEE nach Bremen eingeladen werden. Von Seiten des LIS wird angestrebt, diese Angebote in Zukunft systematischer an die entsprechenden FachvertreterInnen in den Schulen im Land Bremen zu vermitteln.

Darüber hinaus bietet das Europapolitische Jugendkonzept des Landes Bremen weitere Anregungen für Schulen, wie Kooperationen zu europaspezifischen Einrichtungen intensiviert werden können und europaspezifische Inhalt vermehrt in Unterricht eingebunden werden können.

Die Intensivierung von Kooperationen zwischen Bremer Schulen und europaspezifischen Bildungseinrichtungen sollte durch zielgerichtete, schulindividuelle Kooperationskonzepte erfolgen, die nach pädagogisch-curricularen (Verknüpfung mit Profilen und Lehrplaninhalten), zeitlich-unterrichtsorganisatorischen (Lehrereinsatz, Fach-Tandems, Unterricht an anderen Orten/ Exkursionen sowie Einbettung in didaktische Jahresplanungen) und Passungsaspekten strukturiert sein sollten.

Diese konzeptionell-orientierte Vorgehensweise wird an den berufsbildenden Schulen in Bremen bereits erfolgreich praktiziert. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Zusatzqualifikation „Europakaufmann/ Europakauffrau“, ein ausbildungsbegleitendes Angebot an Auszubildende im kaufmännischen Bereich, welches in Kooperation von sechs berufsbildenden Schulen³ in Bremen angeboten und von der Handelskammer zertifiziert wird. Die Auszubildenden absolvieren hierbei zwei zusätzliche Lernfelder zum Thema Internationale Geschäftsprozesse, erwerben fremdsprachliche KMK-Zertifikate sowie Qualifikationen des ECDL⁴ und durchlaufen ein dreiwöchiges Betriebspraktikum im Ausland.

Als gute Praxis hat sich hier erwiesen, diejenigen berufsbildenden Schulen, denen nicht in ausreichendem Maße personelle Ressourcen für die Intensivierung von Kooperationen zu ausländischen europäischen Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen, eine weitere Option zu eröffnen: Sie bedienen sich zum Teil externer Dienstleister, wie z.B. der Agentur „Bildung im Ausland“, die das Projektmanagement und sämtliche organisatorisch-

³ GAV, SZ Grenzstraße, SZ Bördestraße, Helmut-Schmidt-Schule, SZ Utbremen und KLA Bremerhaven

⁴ European Computer Driving Licence

Beschlussfassung

administrative Aufgaben im Rahmen von Erasmus+ -Projekten erledigen. Im Gegenzug treten die beauftragenden Schulen die Organisationspauschalen ab und dulden einen Aufschlag bei den Mobilitätskosten für die Schülerinnen und Schüler. Diese Vorgehensweise ist als zusätzliche Unterstützung grundsätzlich auch für die allgemeinbildenden Schulen denkbar, muss jedoch individuell zwischen der Agentur und der betreffenden Schule diskutiert werden.

4. Zur Prüfbite, wie das Themenfeld „Europäische Integration“ bei der Landeszentrale für politische Bildung ausgebaut werden könnte, um mehr Angebote dazu für Bremer Schulen zu entwickeln, anzubieten und durchzuführen.

Gemäß ihres Aufgabenbereiches ist die Landeszentrale für politische Bildung (LzpB) die Einrichtung des Landes Bremen für die staatliche politische Bildungsarbeit in Bremen und Bremerhaven und richtet sich mit ihren überparteilichen Angeboten primär und in eigener Verantwortung an alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Zielgruppe der Schüler und Schülerinnen ist von dieser Definition nachgeordnet erfasst, der Themenbereich „Europäische Integration“ lässt sich inhaltlich ableiten.

Die Landeszentrale für politische Bildung bearbeitet den Themenbereich des europäischen Integrationsprozesses dementsprechend in verschiedenen Zusammenhängen u.a. in dem ständigen Arbeitskreis der EU-Referenten der Fachressorts.

Zum Themenbereich Europäische Integration setzt die LzpB bei der Vermittlung von Wissen an diverse Gruppen von Multiplikatoren speziell auf das bewährte Konzept von Studienfahrten. Es hat sich in der Vergangenheit herausgestellt, dass insbesondere die Kombination von Wissensvermittlung an authentischen Lernorten mit gruppenspezifischen Prozessen im Sinne der Nachhaltigkeit und dauerhaften Vernetzung sehr effektiv ist. Zudem ergeben sich in der Regel durch den ganzheitlichen Ansatz dieser Seminare weitere Themenfelder und langfristige Bindungen der Teilnehmer an die Landeszentrale für politische Bildung.

Dabei handelt es sich im Einzelnen um:

- Brüssel- Studienfahrten für Bremer Lehrer u. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes , welche auch im Fortbildungsprogramm des Aus- und Fortbildungszentrums der Senatorin für Finanzen einen festen Platz haben und entsprechend vor- und nachbereitet werden,
- Brüssel- Seminare für Volontäre der bremischen Medienlandschaft (entsprechend der Nachfrage) sowie
- Berlin-Seminare für Referendare im Fach Politik in Kooperation mit dem LIS.

Ergänzt wird diese Konzeption durch unterschiedliche weitere Tages- Seminarformate zu verschiedenen Themen, wie z.B.:

- „Europäische Sicherheitsarchitektur“ (auf Nachfrage)
- „Flucht nach Europa“ (Anlass-bezogen)

In Bremerhaven sind zudem modellhaft unterschiedliche Formate in Kooperation mit Bremerhavener Jugendbildungsträgern und Schulen durchgeführt worden. Hier handelt es sich um:

- zwei- bis dreistündige Workshopangebote für die Primarstufe zu "Das ist Europa",
- sechs- bis siebenstündige Planspiele für Sek I und Sek II zu unterschiedlichen thematischen Aspekte bzw. zum Verständnis europapolitischer Abläufe,
- zweitägige Seminare zu "Europäischer Vielfalt und Europa in Bremerhaven" für Sek I,
- dreistündige Workshops zur "Europäische Union" und „Wahlen zum Europäischen Parlament“ für Sek II.

Zusätzliche Akzente entstehen durch einzelne Sonderprojekte, wie die Beteiligung an der Jury zur Zertifizierung der „Europaschulen“ und die entsprechende Bereitstellung von diversen Publikationen zum Themenkreis „Europa“.

C. Beschluss

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Berichtsentwurf zur Kenntnis.

In Vertretung

gez.

Frank Pietrzok

Staatsrat

Anlage 1

Entwicklung von Erasmus+ -Projekten an den berufsbildenden Schulen in Bremen

Trotz der hohen bürokratischen Anforderungen, die mit der Beantragung, Durchführung, Rechenschaftslegung und Weiterentwicklung von Erasmus+ -Projekten verbunden sind, lässt sich insbesondere bezogen auf die berufsbildenden Schulen in Bremen ein anhaltend positiver Trend verzeichnen. Im Förderzeitraum 2016/17 führen/ führten acht von 21 berufsbildenden Schulen im Land Bremen E+ -Projekte durch (siehe Tabelle). Darüber hinaus wurde erfolgreich ein so genanntes Konsortialprojekt⁵ beantragt. Konsortialführer⁶ ist das Referat 22 bei der Senatorin für Kinder und Bildung.

Erasmus+ -Projekte an berufsbildenden Schulen in Bremen und Bremerhaven in der Förderperiode 2016/2017:

Die u.g. Projekte laufen i.d.R. über zwei Jahre.

Projekte in der Leitaktion 1

(Mobilitäten von Lehrpersonal oder Schüler*innen an berufsbildenden Schulen)

<u>Schule / Titel</u>	<u>Förderung/ Betrag</u>	<u>Antragsjahr/ Fördernummer</u>
GAV <i>Business Communication Competence</i>	62.560 €	2016-1-DE02-K102-003213
Schulzentrum Walliser Straße⁷ <i>Europakaufmann/-frau am Schulzentrum Walliser Straße II</i>	47.235 €	2016-DE-02-K102-02673
Schulzentrum an der Bördestraße <i>Schüler/-innen erweitern ihre informations-technologischen, interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen in Norwegen (SeiisKoN)</i>	35.714 €	2016-1-DE-KA102-002757
Schulzentrum an der Bördestraße <i>Entwicklung von Lehrpersonal und Schule zur Integration von Migranten (ELSIM)</i>	19.710 €	2016-1-DE03-KA101-0022523
Schulzentrum Neustadt <i>Interkulturelle Praxiserfahrungen in Berufsausbildungen für sozialpädagogische und andere personenbezogene Dienstleistungsberufe im europäischen Ausland</i>	53.357 €	2016-1-DE02-KA102-003037
Schulzentrum Bürgermeister Smidt / Kaufmännische Lehranstalt Bvh. <i>Förderung interkultureller Kompetenzen im Berufsbildungsbereich</i>	3.434 €	2016-1-DE03-KA101-022800

⁵ Ein Projekt, an dem mehrere Schulen beteiligt sind

⁶ Das Projekt wird federführend von einer der Schulen oder einer übergeordneten Stelle betreut

⁷ Beantragung vor Umbenennung der Schule zur Helmut Schmidt Schule

Die Senatorin für Kinder und Bildung, Referat 22; Konsortialprojekt	27.078 €	2016-1-DE02-KA102-003097
<i>Deutsch-polnische Kooperation in der beruflichen Bildung</i>		
Institut für Bildung in der Lebensmittelwirtschaft (am SZ Rübekamp)	39.888 €	2017 (För.Nr. nicht bekannt)
<i>Herstellung und Vertrieb regionaler Speisen und Getränke in der Gastronomie unter Berücksichtigung der Gästeeerwartungen sowie landestypischer Herstellungsmethoden</i>		
Schulzentrum Bürgermeister Smidt / Kaufmännische Lehranstalt Bhv.	35.608 €	2017-1-DE03-KA101-035395
<i>Förderung bilingualer und interkultureller Kompetenzen im Berufsbildungsbereich</i>		
Helmut Schmidt Schule	56.080 €	2017-DE-02-K102-03710
<i>Europakauffmann/-frau an der Helmut Schmidt Schule</i>		
Schulzentrum Neustadt	105.227 €	2017-1-DE02-KA102-003928
<i>Interkulturelle Praxiserfahrungen in Berufsausbildungen für sozialpädagogische und andere personenbezogene Dienstleistungsberufe im europäischen Ausland</i>		
GAV	168.883 €	2017-DE-02-K116-04068
<i>Auszubildende und Lehrer aus Bremen Erkunden Europa</i>		
Europaschule Utbremen	45.691 €	2017-1-DE02-KA116-003919
<i>Vermittlung von Praktika in der EU in verschiedenen Ausbildungsberufen</i>		
Schulzentrum Walle	36.124 €	2017 (För. Nr. nicht bekannt)
<i>BreMover - Internationale Ausbildungsphasen für Bremer Auszubildende und deren AusbilderInnen</i>		

Anlage 2**Entwicklung von Erasmus+ -Projekten an den allgemeinbildenden Schulen in Bremen**

Im Förderzeitraum 2016/17 führen/ führten trotz der komplexen Antragsituation sechs allgemeinbildende Schulen Erasmus+ Projekte durch. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Projekte lag auf den Themen Integration/Migration und Öffnung für andere Kulturen und Sprachen.

Erasmus+ -Projekte an allgemeinbildenden Schulen in Bremen und Bremerhaven in der Förderperiode 2016/2017:**Projekte in der Leitaktion 1**

(Aktion Lehrerfortbildung)

<u>Schule / Titel</u>	<u>Förderung/ Betrag</u>	<u>Antragsjahr/ Fördernummer</u>
Oberschule an der Julius-Brecht-Allee <i>www.jba-bremen.de</i> <i>Schüleraustausch mit der Royal Wolverhampton School</i> <i>01.08.2016 – 31.07.2018</i>	2.669 €	HB-2016-1-DE03-KA101-022787
Fritz-Husmann-Grundschule <i>Bremerhaven</i> <i>Vorbereitung zur Öffnung für andere Sprachen und Kulturen durch frühe Begegnung mit der englischen Sprache und schrittweise Integration in den Unterricht in allen Fächern</i> <i>25.07.2016 – 24.07.2018</i>	4.386 €	HB-2016-1-DE03-KA101-022555
Lloyd Gymnasium Bremerhaven <i>www.lloydgymnasium.de</i> <i>Weiterentwicklung der Europäisierung der Schulcurricula am Lloyd Gymnasium</i> <i>01.07.2016 – 30.06.2018</i>	19.416 €	HB-2016-1-DE03-KA101-022582

Projekte in der Leitaktion 2

(Strategische Schulpartnerschaften)

<u>Schule / Titel</u>	<u>Förderung/ Betrag</u>	<u>Antragsjahr/ Fördernummer</u>
Oberschule an der Ronzelenstraße <i>www.sz-ronzelen.de</i> <i>Sustainability - a European way</i> <i>01.09.2016 – 31.08.2018</i>	20.320 €	2016-VG-S2S-K-HB-16-24-022966
Gymnasium Vegesack <i>http://www.gymnasiumvegesack-bremen.de/</i> <i>Mixite & Ambition dans le Spatial Comme Outils Transculturels & Transdisciplinaires en Education</i> <i>05.09.2016 – 04.08.2019</i>	30.430 €	2016-VG-S2S-P-HB-16-35-024017-2
Kippenberg Gymnasium <i>312.joomla.schule.bremen.de</i> <i>Sustainability - a European way</i> <i>01.09.2016 – 31.08.2018</i>	14.230 €	2016-VG-S2S-P-HB-16-24-022966-3